
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 16.09.2020

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2,
06862 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit 37 stimmberechtigten Mitgliedern fest und verweist auf die Verhaltensweisen zum Schutz gegen das Corona-Virus.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau und Frau Lemke, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erscheinen zur Sitzung. (39)

2 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau

Nach würdigen Worten des Oberbürgermeisters, Herrn Kuras, zum ehrenamtlichen Engagement von Herrn Dr. Bernd Ulbrich wird ihm die Ehrenmedaille der Stadt Dessau-Roßlau verliehen.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Puttkammer, CDU-Fraktion zur Sitzung. (40)

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Fricke, SPD-Fraktion, zieht den vorab eingereichten **Änderungsantrag zur Entschädigungssatzung zurück** und **beantragt**, den **Tagesordnungspunkt 7.3 vor bzw. gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 8.13 zu behandeln**, da die Informationsvorlage und die Beschlussvorlage in einem sachlichen Zusammenhang stehen.

Die Tagesordnung wird **geändert beschlossen** (40:00:00).

4 Genehmigung der Niederschrift vom 08.07.2020

Die Niederschrift wird genehmigt (37:00:03).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des Oberbürgermeisters über wesentliche Angelegenheiten der Stadt ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt den in nichtöffentlicher Sitzung am 08.07.2020 gefassten Beschluss bekannt: „Aufhebung des Beschlusses BV/112/2019/IV-80 vom 26.06.2020 – Grundstücksverkauf in Dessau-Waldersee.“

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Bürger 1 geht auf die Abfallentsorgungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau ein, in der angegeben ist, dass Eigentümer von Grundstücken verpflichtet sind, für alle privaten Haushalte einen gemeinsam zu nutzenden Behälterstandort einzurichten. In der Mitteldeutschen Zeitung und mit Flugblättern wurde informiert, dass die Gelben Säcke auf dem Balkon oder im Keller zu lagern sind, was er mehrmals reklamiert hat, da Müll, auch die Gelben Säcke, nicht auf den Balkon oder Keller, sondern in den von der Stadt vorgeschriebenen Behälterstandort gehören. Nach § 45 des Kommunalverfassungsgesetzes überwacht die Vertretung die Ausführung ihrer Beschlüsse und sorgt dafür, dass in der Verwaltung auftretende Missstände durch den Hauptverwaltungsbeamten beseitigt werden. Mehrmals hat er darauf verwiesen, dass gegen die Beschlüsse des Stadtrates verstoßen wird. Deshalb stellt er die Frage, was die Stadträte unternommen haben, um diesen Beschluss umzusetzen und was die Beschlüsse des Stadtrates wert sind, wenn keine Umsetzung erfolgt. Wie ganz konkret verhält sich dieser Sachverhalt.

Er bittet um eine Antwort des Stadtrates, da die Verwaltung mehrfach eine Antwort erteilt hat, ohne dass jedoch etwas passiert ist.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, sagt eine schriftliche Beantwortung zu und verweist darauf, dass Fragen vorab im Büro des Stadtrates einzureichen sind,

um entsprechend antworten zu können. Der Bürger 1 formuliert jedoch für jede Sitzung die Frage, wie verhält sich der Sachverhalt und dann werden mehrere Fragen zu verschiedenen Themen vorgebracht.

Bürger 1 verweist weiterhin auf eine im vorigen Jahr von ihm angezeigte illegale Müllentsorgung aus einem Auto mit der Nummer DE-HV 900 und der aufgedruckten Werbung der jungen Handballer sowie an den Seiten mit der Aufschrift: „Mit freundlicher Unterstützung der Stadt“. Er fragt nach der erfolgten Strafe für die erfolgte illegale Müllentsorgung.

Diese Frage wird ebenfalls schriftlich beantwortet.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Eilentscheidung zur Bildung einer Rücklage für Gewinne der Betriebe gewerblicher Art (BgA) der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/291/2020/II-20

Herr Fricke, SPD-Fraktion, kritisiert das Zustandekommen dieser Eilentscheidung. Die Voraussetzungen für eine Eilentscheidung lagen nicht vor, da ausreichend Zeit für die Befassung durch das Gremium bestand. Es ist grundsätzlich eine Frage des Umgangs der Verwaltung mit den Gremien. Er appelliert an den Oberbürgermeister, zukünftig die Voraussetzungen für Eilentscheidungen zu beachten. Laut Gesetz kommen hier auch außerordentliche Sitzungen in Betracht. Zur Abwicklung im Nachhinein schreibt das KVG vor, dass die Eilbedürftigkeit und die Entscheidung selbst dem Gremium unverzüglich bekanntzugeben sind, also ohne schuldhaftes Zögern, was nach 1-3 Tagen nach der Beschlussfassung zu tun ist. Das wird nicht dadurch ersetzt, dass diese Eilentscheidung auf die Tagesordnung der nächsten Gremiensitzung gesetzt wird, sondern dient dazu, dass das Gremium diese Entscheidung auch aufheben kann. Die unverzügliche Information ist hier nicht erfolgt, wie auch in anderen Fällen. Zukünftig sollten die Eilentscheidungen auf das Notwendige beschränkt werden.

Es handelt sich um einen Vorratsbeschluss, der vor dem 31.08.2020 gefasst sein muss, entgegnet **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Der Stadtrat wird aber noch die Höhe der Rücklagen mit der Jahresrechnung beschließen. Mit diesem Beschluss wird nur das Recht für die Jahresrechnung gesichert. Des Weiteren ist die Beratung in den Fachausschüssen zu beachten. Bei einer Einreichung nur in den Stadtrat bestand das Risiko der Kritik und somit wäre eine Beschlussfassung im Stadtrat ohne Vorbehandlung in den Ausschüssen nicht möglich gewesen. Der Oberbürgermeister hat den Beschluss am 25.08.2020 gefasst und am 01.09.2020 wurde der Finanzausschuss informiert. Der Oberbürgermeister hat in seiner gesamten Amtszeit keine 5 Eilbeschlüsse gefasst, weshalb die Ausführungen nicht nachvollziehbar sind.

Die Beschlussvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2** **Jährliche Berichterstattung an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA im Zeitraum vom 11. Mai 2019 bis 4. Juni 2020**
Vorlage: IV/029/2020/II

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.3** **Ausbildungsstrukturen der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau sowie der kommunalen Unternehmen bis zum Jahr 2021**
Vorlage: IV/035/2020/II

Der Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem TOP 8.13 behandelt.

- 7.4** **Historische Entwicklung des Theaterbetriebes**
Vorlage: IV/043/2020/II-30

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, zur Sitzung. (41)

- 7.5** **Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

Herr Mrosek, Fraktion Alternative für Deutschland, geht auf die Windkraftträder in Mosigkau ein und stellt die Frage, ob die Stadtverwaltung diesbezüglich Widerspruch einlegen wird. Des Weiteren verweist er auf die geplante Deponie in Jüdenberg, die sich dann in einem Trinkwasserschutzgebiet befindet. Pro Jahr sollen dort mindestens 10.000 Tonnen Asbest und in 30 Jahren 4,4 Mio. Tonnen Abfälle abgelagert werden, was eine Katastrophe ist, da auch der aufgeschüttete Untergrund ungeeignet ist. Beachtet werden muss ebenfalls, dass der Tourismus in der Region betroffen sein wird. Deshalb muss die Stadt dort gegensteuern, was auch die Bitte der Bürgerinitiative ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras erwidert, dass die Klagebefugnis gegen diesen Bescheid nach Bundesimmissionsgesetz möglich ist. Um einen Rechtsbehelf sicher einlegen zu können, ist die Begründung, welche jedoch noch nicht vorliegt, entscheidend. Die Fristen für die Klageeinlegung laufen aber erst ab dem Besitz aller Unterlagen. Bestimmte Grenzwerte werden im Mosigkauer Bereich nicht überschritten.

Wenn es seitens der Stadt eine Klage gibt, ist es eine Rechtssache von großer Bedeutung, die auch dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Es bleibt aber jedem Betroffenen vorbehalten, rechtliche Schritte zu gehen. Die Angelegenheit wird umfassend geprüft und sicher auch im Ortschaftsrat Mosigkau ein Thema werden.

Um eine Klage wird man nicht herumkommen, da die Stadt ansonsten wieder einmal vom angrenzenden Landkreis vorgeführt wird, merkt **Herr Adamek, CDU-Fraktion**, an. Mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten sollte sich die Stadt souverän durchsetzen, denn der Infraschall und der Schlagschatten sind schon im jetzigen Zustand für die Anwohner unsäglich und sie liegen auch im Bereich des Weltkulturerbes.

Herr Adamek geht weiterhin auf ein Antwortschreiben des Ministerpräsidenten zum Thema Karstadt ein, der ausführt, dass er gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Finanzminister an diesem Thema arbeitet, ständig auf dem Laufenden gehalten wird und in allen Gesprächen involviert ist. Ihm ist bewusst, wie wichtig Karstadt für den Standort Dessau-Roßlau ist und er wird sich auch weiterhin vollumfänglich im Rahmen seiner Möglichkeiten für den Erhalt einsetzen.

Auf den deutschlandweiten Warntag eingehend, legt **Herr Adamek** dar, dass er nach einer offiziellen Anfrage eine ehrliche Antwort von Herrn Müller, Amt 37, erhalten hat. Demnach war die Stadt nicht in der Lage sich zu beteiligen, weil die noch vorhandenen Sirenen die notwendigen Tonlagen nicht abgeben können. Dies hätte jedoch in dem Interview in der MZ einen Tag vorher angedeutet werden können. Umso mehr muss für diese Stadt eine App geschaffen werden, in der Menschen über Dinge informiert werden, die für sie wichtig sein könnten, wo man beim Thema Bevölkerungsschutz und Bevölkerungsinformation ist. Auf jeden Fall wird die CDU-Fraktion an dem Thema App als Informationsmedium dranbleiben.

Auf die Einladung zur Einweihung des Grobatschow-Denkmal eingehend, stellt **Herr Adamek** die Frage, ob der Rat noch an der Entscheidung zum Standort beteiligt wird, oder ob die Standortentscheidung schon gefällt wurde. Seiner Information nach, wird die Feierlichkeit zum Tag der Deutschen Einheit auf dem Markt- bzw. Rathausplatz stattfinden. Er fragt, wo verbindlich das Denkmal stehen wird und ob es eine abschließende Standortentscheidung gibt.

Auf das Thema Touristisches Leit- und Informationssystem eingehend, bittet er Herrn Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, ein Update an die Fraktionen zu schicken, oder dass dazu Aussagen von Frau Beigeordnete Schlonksi erfolgen. Abschließend befindet er es für gut, wenn einmal im Jahr in diesem Teil der Doppelstadt getagt wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras verweist bezüglich des Warntages auf die im Feuerwehrausschuss erläuterte Beschlussvorlage und dass dort beschlossen wurde, über diese Pieper zu alarmieren. Mit dem Pieper werden die Kameraden der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr alarmiert. Bei dem Warntag ging es allerdings um die

Alarmierung der Bevölkerung und die Frage ist, ob nicht doch dieses Sirensystem das geeignetste Mittel ist, um die Bevölkerung zu alarmieren. Der Feuerwehrausschuss wird sich mit der Auswertung des Warntages befassen und die zukünftige Verfahrensweise diskutieren. Die Warn-Apps haben durch Überlastung des Netzes, weil mehrfach alarmiert wurde, auch nicht funktioniert.

Auf den Standort des Gorbatschow-Denkmal eingehend merkte er an, dass von Anfang an klar war, dass der Standort der Platz der Deutschen Einheit sein wird. Der genaue Standort ergab sich noch einmal aus den Recherchen des Tiefbauamtes, da sich dort Leitungen befinden, so dass der ursprüngliche Standort noch einmal um 2 m verschoben werden musste. Für ein solches Denkmal kann er sich keinen anderen Standort als den Platz der Deutschen Einheit vorstellen.

Zum Touristischen Leit- und Informationssystem führt **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt** aus, dass das unter Federführung des Dezernates IV inzwischen in der Umsetzung an das Tiefbauamt übergeben wurde. Derzeit werden die Schachtpläne und dergleichen eingeholt. Ab Ende Oktober werden die ersten Stelen und Orientierungspläne aufgestellt. Die Montage der Wegweiser soll ab November erfolgen. Eine Abnahme ist für Februar 2021 vorgesehen.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, geht nochmals auf den Warntag ein und verweist darauf, dass die Sirenen über eine halbe Million Euro kosten würden, die App hingegen 40 T€ und diese würde die breite Bevölkerung erreichen. Deshalb sollte im nächsten Jahr darüber nachgedacht werden, ob sich das nicht lohnen würde, da auf kürzestem Weg tausende Menschen regional und überregional informieren werden könnten.

Auf die Frage von Herrn Adamek eingehend, wo konkret das Gorbatschow-Denkmal stehen wird, legt **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau**, dar, dass es zum Gorbatschow-Denkmal einen Stadtratsbeschluss gibt, der als Standort den Platz der Deutschen Einheit beinhaltet. Die konkrete Wahl des Standortes auf dem Platz der Deutschen Einheit ist durch die Einbeziehung eines Kuratoriums, das durch den Stadtrat berufen wurde, und durch den Gestaltungsbeirat vor Ort erfolgt. Um dem Finanzamt bezüglich der Gemeinnützigkeit gerecht zu werden, muss eine erläuternde Platte zu dem Denkmal in den Gehweg eingelassen werden. Bemühungen seinerseits und des Oberbürgermeisters, das mit der Friedensglocke zu kombinieren, sind in Gesprächen mit Herrn Ehm fehlgeschlagen, so dass es nur eine erklärende Platte für Gorbatschow gibt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellt folgende Fragen:

- Gibt es Signale zum Hotelneubau am Schloßplatz,
- wann ist mit der Fertigstellung der Bauarbeiten in der Anhaltischen Gemäldegalerie zu rechnen,
- ist die Analyse zur Klimasituation absehbar, gleichbedeutend mit der Klimakonzeption und wann kann mit der Einstellung des Klimamanagers gerechnet werden,
- ist es möglich, einen Beauftragten für die Bundesgartenstadt der Stadt Dessau-Roßlau zu benennen, um die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung zu unterstreichen.

Weiterhin verweist Herr Schönemann auf die ernsthafte Problematik des Warntages und führt zum Gorbatschow-Denkmal aus, dass die einzelnen Fraktionen Mitglieder für die Arbeitsgemeinschaft benennen konnten und so die Beschlussvorlage entstanden ist.

Auf den geplanten Hotelneubau eingehend, merkt **Herr Oberbürgermeister Kuras** an, dass unter der Federführung von Herrn Horvarth, Leiter der Wirtschaftsförderung, und dem vom Unternehmen Getec beauftragten Juristen, Gespräche zur Ausgestaltung des Kaufvertrages geführt wurden. Es kam insbesondere darauf an, die Belange der Stadt hinreichend zum Tragen zu bringen. Es bestand dann das Problem, dass die Rechtsperson des Erwerbers nicht mit dem Wortlaut ihres Beschlusses konform war. Die Stadt hat dann darauf bestanden, dass es eine juristische Person beim Erwerber gibt, die dem Stadtratsbeschluss entspricht. Das scheint inzwischen gelöst zu sein. Es gibt keine Hinweise, dass die Getec ihre Pläne geändert hat. Auf die Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates wird gedrängt.

Herr Oberbürgermeister Kuras unterstützt die Ambitionen, besonders die Umweltbelange zu verfolgen. Zur Besetzung der Stelle des Klimamanagers ist man zu einer Entscheidung gekommen, so dass in Kürze die Stelle besetzt sein wird. Die Überarbeitung des in die Jahre gekommenen Klimaschutzkonzeptes steht an erster Stelle. Auf die Bundesgartenschau eingehend führt er aus, dass Frau Beigeordnete Schlonski Eckpunkte gegenüber Herrn Paul und dem Geschäftsführer der Bundesgartenschau, Herrn Sandner, formuliert hat. Diese Eckpunkte sind auf große Gegenliebe gestoßen und wurden beim Gespräch mit dem Ministerpräsidenten präzisiert. Die Grundideen kommen von Frau Schlonski und sind bei ihr gut aufgehoben. Deshalb kann er sich nicht vorstellen, dass das jetzt ein anderer machen soll.

Auf die Sanierungsmaßnahmen der Anhaltischen Gemäldegalerie eingehend, führt **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur**, aus, dass am 25. September 2020 ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister und dem Projektleiter stattfindet, um herauszufinden, wie weit die Bauarbeiten sind und wann ein Eröffnungstermin bekanntgegeben werden kann. Das Ziel bleibt weiterhin die Eröffnung in diesem Jahr. In der Sitzung des Stadtrates am 14. Oktober 2020 wird er eine Auskunft geben, wann mit der Eröffnung einer Dauerausstellung gerechnet werden kann.

Herr Glathe, Fraktion der CDU, macht darauf aufmerksam, dass auf dem Spazierweg östlich des Bocksbrändchens 2 Bäume seit dem Frühjahr auf dem Weg liegen, welche weggeräumt werden sollten. Er stellt die Frage, wem der Wald gehört. Auf die Sanierung der Wolfener Chaussee eingehend, legt er die Meinung einiger Bürger dar, dass diese hätte nicht saniert werden müssen, weil sie gut ist und es wichtigere Straßen gibt, wie die Heidestraße oder die Alte Leipziger Straße. Da der Zeitung zu entnehmen war, dass die Stadt Dessau-Roßlau teilverantwortlich für die Sanierung der Straße ist, fragt er nach der Verantwortlichkeit der Straße, da er bisher der Meinung war, dass das Land verantwortlich ist. Des Weiteren stellt sich die Frage, warum die Stadt so wenig macht, um die Straßen in Ordnung zu halten.

Dass die Straßen nicht weiter gebaut werden, hängt mit den finanziellen Mitteln zusammen, erwidert **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**. Es gibt ein bestimmtes Kontingent für die Straßeninstandhaltung. Was den Neubau von Straßen angeht verweist sie auf die Diskussion zu den Straßenausbaubeiträgen und dass diese Frage erst geklärt werden muss.

Herr Säbel, Leiter des Amtes 66, erhält das Rederecht und führt aus, dass es sich um eine Gemeinschaftsbaumaßnahme handelt. Die LSBB hat mitgeteilt, dass sie ihren Teilbereich machen und die Stadt hat die Chance der Zusammenarbeit genutzt, um nicht zweimal eine Umleitung machen zu müssen.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, geht aufgrund des 25-jährigen Jubiläums des Rathauscenters auf die verteilten Coupons ein, bei denen allerdings das Karstadt Warenhaus fehlt. Nach einem geführten Telefonat mit Karstadt hat er den Eindruck, dass sie das nicht kannten. Wenn er noch den gestrigen Artikel dazu nimmt, ist er über das, was er unter einem Kampf um ein solches Haus versteht, enttäuscht. Kein Konzern wird sich davon beeindruckt lassen. Bezüglich des Briefes von Herrn Willingmann an den Konzernvorstand, der auch seitens der Stadt unterstützt wurde, bemerkt er, dass er etwas anders unter einem Kampf für den Erhalt eines solchen Hauses versteht, das für die Innenstadtentwicklung relevant ist. Er weiß, dass es ein Gespräch mit dem Konzernvorstand gegeben haben muss und dass sich verschiedene Menschen nach Möglichkeiten von Anbietern umsehen. In absehbarer Zeit muss es zu relevanten Angeboten kommen. Wenn es um die Innenstadtentwicklung geht, interessiert ihn, wie solche Prozesse zu solchen Jubiläen durch die Stadt oder die Stadtmarketinggesellschaft begleitet werden. Was er hier erlebt, ist unzureichend, weshalb er von allen etwas anderes erwartet.

Herr George, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erklärt seine Enttäuschung darüber, dass Menschen ohne Termin vom Bürgerbüro weggeschickt werden. Er fragt nach Möglichkeiten einer bürgerfreundlicheren Gestaltung, wie z. B. ein Onlineportal. Weiterhin geht er auf das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen ein. Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet, bis Ende 2022 die Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Er erfragt den aktuellen Stand und was die Stadt bis Ende 2022 bezüglich der Umsetzung gedenkt zu tun.

Erwidernd verweist **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** aufgrund von infizierten Mitarbeitern auf die eingeführten verschärften Regeln in der Stadtverwaltung.

Die Mitarbeiter müssen in den Gemeinschaftsräumen, Fahrstühlen, Sanitärräumen, Fluren und in den Treppenhäusern Masken tragen. An einer elektronischen Terminvergabe wird gearbeitet. Derzeit wird eine Software erworben, die dann auf die verschiedenen Ämter mit einem Antwortsystem in die aktive Phase geleitet. Insbesondere gelten die Angebote für die stark von Bürgern frequentierten Ämter, wie die Zulassungsstelle, das Einwohnermeldeamt, die Führerscheinstelle und dergleichen. Die Einführung soll möglichst noch in diesem Jahr erfolgen. In der Führerscheinstelle wird es als Hybridlösung angeboten, da nicht alle Bürger über einen elektronischen Zugang verfügen. Bezüglich des Onlinezugangsgesetzes ist es so, dass der Standard dieses Gesetzes nicht sehr hoch ist. Das Angebot wird online gestellt, aber wie es danach innerhalb der Verwaltung weitergeht, bleibt der Verwaltung überlassen. Es gibt bereits eine Menge an Formularen im Netz, was schon den Anspruch des Onlinezugangsgesetzes entspricht. Jedoch erfüllt das nicht unserem Qualitätsanspruch, weil echte Digitalisierung bedeutet, dass ein Antrag online gestellt und medienbruchfrei eingearbeitet wird, also die Dienstleistung erfolgt im und direkt aus dem System. Davon ist man aber noch weit entfernt, da diese Lösungen noch gar nicht angeboten werden. In den Haushaltsberatungen soll die Prioritätenliste zur IT-Ausstattung erläutert werden. Mit den Haushaltsberatungen wird eine umfassende Aufstellung erfolgen, wo die Verwaltung im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes steht, welche Projekte es gibt und wie die weitere Vorgehensweise ist.

Auf das Onlinezugangsgesetz eingehend, verweist **Herr Oberbürgermeister Kuras** auf eine von der Landesregierung angebotene Beratung, die am 13. Oktober 2020 stattfinden wird. Hier werden den Vertretern des Innenministeriums und der Onlinebeauftragten unsere Erwartungen formuliert.

Frau Lemke, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, schlägt vor, zukünftig, auch ohne Corona, mindestens einmal im Jahr in der Stadt Roßlau zu tagen. Auf den Reinfall des Wartages im gesamten Bundesgebiet eingehend, stellt sie an die Stadt die Anforderung, dass das nicht nur im Feuerwehrausschuss beraten wird, sondern dass alle Stadträte eine schriftliche Information bekommen, was eigentlich die Risiken sind, vor denen gewarnt werden soll und wovon in welchem Zusammenhang und in welchen Zeiträumen gewarnt werden soll. Den Berichten konnte sie bisher noch nicht entnehmen, ob Dessau an der Warn-App beteiligt ist, denn die von Herrn Adamek eingeforderte Warn-App gibt es bereits. Es wäre der erste, schnellste und einfachste Schritt, dass die Stadt sich an der Warn-App beteiligt, die in Zukunft funktionieren sollte.

Weiterhin geht Frau Lemke auf die Ausführungen von Herrn Mrosek zur geplanten Deponie in Jüdenberg ein und bemerkt, dass sie nicht das teilweise falsch Dargestellte kommentieren will. Richtig ist, dass dort eine Deponieplanung stattfindet, die hochproblematisch ist. Die Gemeinden Gräfenhainichen, Wörlitz und Oranienbaum haben bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Die Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste wird einen Beschluss zur Ablehnung dieser Deponie in den Stadtrat einbringen, denn die Verwaltung kann momentan nichts machen, sondern es ist der zivilgesellschaftliche und politische Raum gefragt. Es sollte abgewogen werden, wenn gegen diese Deponie geklagt wird, ob man sich mindestens so intensiv beteiligt, wie an der Klage gegen die Windkraftträder. Die Deponie findet sie problematischer und der Standort für die Windkraftträder ist falsch ausgesucht, aber wenn es ein rechtsstaatliches Verfahren ist, muss sich an diese Dinge gehalten werden. Hier sollte vielleicht diskutiert werden, ob die Stadt auch dort gegebenenfalls einer Klage beitreten möchte, weil die Deponie für den Tourismusfaktor unserer Region abwertend ist, weshalb das verhindert werden muss.

Frau Lemke stellt abschließend die Frage, wann die Stadt bezüglich des Weihnachtsmarktes finanzielle Verpflichtungen eingeht und bis wann über das Stattfinden eines Weihnachtsmarktes entschieden werden muss, damit er nicht kurzfristig finanzrelevant abgesagt werden muss. Es ist problematisch, zum jetzigen Zeitpunkt einen Weihnachtsmarkt zu planen.

Herr Beigeordneter Dr. Reck informiert bezüglich der Planung des Weihnachtsmarktes, dass der Betreiber der Eisbahn im letzten Jahr bezuschusst wurde, also eine öffentliche Zuwendung erfolgt ist. Das ist auch in diesem Jahr geplant. Es ist beabsichtigt, die Beschlussvorlage zur Mittelfreigabe in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport einzubringen. Im Moment ist die Stadt noch keine Verpflichtung eingegangen.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, geht auf den im April 2019 gefassten Beschluss des Stadtrates ein, in dem die Verwaltung beauftragt wurde, sofort den Bauschutt aus der Braunschen Lache zu beraumen. Dieser Beschluss wurde nicht umgesetzt.

Wenn dieser Beschluss umgesetzt worden wäre, hätte das zu einer deutlichen Kostensteigerung geführt, die am Ende mit der etwas langsameren Beseitigung unwirtschaftlicher gewesen wäre, erwidert **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Er hatte überlegt, ob er diesen Beschluss wegen Unwirtschaftlichkeit beanstandet, weil er zusätzliche Kosten verursacht hätte. Es wurde darauf gesetzt, dass wie geplant, eine Räumung stattfindet, die nicht sofort greift, sondern einige Zeit in Anspruch nimmt, da der Markt diese Stoffe nicht kontinuierlich abnimmt.

Zum aktuellen Stand legt **Frau Beigeordnete Schlonski** dar, dass nach der Beschlussfassung im Stadtrat die Bemühungen fortgesetzt wurden, um dort zu einer weiteren Räumung zu kommen, was auch kontinuierlich erfolgte. Es wurden dort fast 1300 Tonnen Schutt entsorgt und eine Seite komplett beraumt, so dass es sich jetzt dem Ende nähert. Es kam noch einmal zu einer Verzögerung, weil Eidechsen auf einer Seite entdeckt wurden. Die Flächen werden nach und nach beraumt.

Herr Ehm, Fraktion der CDU, verweist auf den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober, an dem jedes Jahr an der Dessauer Friedensglocke ein ökumenisches Friedensgebet stattfindet, wozu er im Namen des Kuratoriums Friedensglocke e.V. einlädt, um 11:00 Uhr, daran teilzunehmen.

Herr Puttkammer, Fraktion der CDU, geht auf ein an ihn gerichtetes Antwortschreiben des Grünpflegeamtes ein. Er stellt fest, dass erkannt wurde, dass es in den Gärten und an den Straßen Wildwuchs gibt. Ihm wurde mitgeteilt, dass dieser nicht ohne weiteres beseitigt werden kann. Es gibt ein Fahrzeug, das nach dem Stadtratsbeschluss, mit heißem Wasserdampf den Grünwuchs bekämpft. Zukünftig werden aber Verbesserungen geplant, was er dringend anmahnt. Die Anschaffung eines zweiten Fahrzeuges sollte überlegt werden. Es sollte auf die Taktik zurückgegangen werden, die Anwohner durch Bezuschussung der Grünen Tonne dazu zu animieren, vor ihren Grundstücken und auch vor öffentlichen Grundstücken mehr auf Ordnung und Sauberkeit zu achten. Letztendlich ist geplant, dass wieder Arbeitskräfte aus dem 2. Arbeitsmarkt beschäftigt werden, was viel stärker genutzt werden sollte.

Herr Ratzmann, Fraktion AfD, geht auf den Warntag ein und erklärt, dass er als Mitglied des Feuerwehrausschusses die Bemühungen, dass auf eine App umzustellen, kennt, was jedoch keine Erklärung ist, warum das schief gelaufen ist. Entweder hat die Alarmierung nicht geklappt, oder es wurde vergessen, die Bevölkerung vorher zu informieren. Er erklärt weiterhin, dass die Informationen auch zur heutigen Stadtratssitzung für die Stadträte relativ spät zur Verfügung gestellt werden. Er bittet die Verwaltung zu berücksichtigen, dass viele Stadträte einer Arbeit nachgehen und dann wenig Zeit haben, sich auf die Sitzungen vorzubereiten. Es sollte versucht werden, die Informationen zeitig zur Verfügung zu stellen. Auf die fehlende Bürgernähe in den Bürgerbüros und der Zulassungsstelle, was schon öfters beklagt wurde, ist keine Änderung erkennbar. Deshalb sollte hier nach Lösungen gesucht werden. Er erbittet aktuelle Zahlen für die Zulassung von Neufahrzeugen bzw. von den einzelnen Vorgängen. Er hatte schon einmal eine Antwort erhalten, jedoch war die Auswertung aus seiner Sicht nicht richtig, weil selbst Anfragen von Bürgern nach einem Termin als Vorgang gewertet wurden, wodurch die Statistik verfälscht wurde. Auf eine Anfrage zur Vergabe von Bauaufträgen eingehend, verweist er darauf, noch keinen Zwischenbescheid erhalten zu haben. Deshalb fragt er, wann mit einer Antwort zu rechnen ist.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass die Ladungsfristen zu den Sitzungen gemäß der Geschäftsordnung eingehalten werden. D. h. 10 Tage vor der Sitzung erhalten die Stadträte alle Unterlagen. Herr Ratzmann hat eine Übersicht erhalten, was alles innerhalb des ersten Zeitraumes der Pandemie und innerhalb des zweiten Zeitraumes an Fallzahlen abgearbeitet wurde. Es wurden keine Terminanfragen gezählt. Diese Statistik kann fortgeschrieben werden bis zum jetzigen Zeitpunkt, jedoch beinhaltet die gegebene Statistik, was an tatsächlichen Vorgängen abgearbeitet worden ist. Wir haben ein hohes Aufkommen an Anmeldungen von Fahrzeugen, was auch mit den Tageszulassungen der Autohäuser zu tun hat.

Durch die Pandemie besteht nicht die Möglichkeit, eine große Menge von Menschen in den Wartebereich zu lassen. Deshalb soll auf die elektronische Terminvergabe umgestellt werden. Die Wartezeit beträgt zwischen einer und drei Stunden. Auf die Vergaben von Bauanträgen eingehend, verweist Frau Bürgermeisterin Nußbeck auf eine Informationsvorlage, die in 2 oder 3 Ausschüssen behandelt wurde.

Wenn die form- und fristgemäße Ladung bemängelt wird, muss das zu Beginn der Sitzung erfolgen, erklärt **Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates**.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, geht auf den Redebeitrag von Frau Lemke ein, dass er etwas Falsches gesagt hat. Er hat das Ausgeführte aber von der Internetseite der Bürgerinitiative genommen. Deshalb muss die Bürgerinitiative aufgefordert werden, dass zu löschen, wenn es verkehrt ist.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, empfiehlt den gestern ausgestrahlten Beitrag über die 2 plus 4 Verhandlungen in Vorbereitung zum Jahrestag der Deutschen Einheit, der in der Mediathek des Mdr angesehen werden kann.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, beantragt die Verlängerung der Redezeit und geht auf den Warntag ein. Er dankt dem Oberbürgermeister dafür, dass er sich der Sache annimmt und vielleicht zu einer anderen Entscheidung kommt, weil die Sirenen mehr sind als nur lästig heulende Dinger. Zum Jugendtreff in Waldersee führt er aus, dass Geschwindigkeit an den Tag gelegt werden muss, da die Kinder im Zweifelsfall wieder um die Bushaltestelle rennen und die Scheiben einschlagen. Weiterhin vermisst er bei Neubauten in der Stadt das Verbauen von regenerativen Energien. Bezüglich der Zulassungsstelle gibt er das positive Votum der Unternehmen bekannt und dankt Frau Scharge und ihrem Team. Von Dessauer Unternehmen wurde mitgeteilt, dass es schön wäre, wenn die Stadtmarketinggesellschaft mehr die städtischen Druckereien einbezieht. Die Aussagen einiger Kollegen, dass unsere Druckereien die Qualität nicht so liefern, kann er nicht nachvollziehen, da diese auch für deutsche Künstler drucken.

An die Fraktionen richtet der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, aufgrund der umfangreich gestellten Anfragen und Informationen die Bitte, zu klären, ob wirklich alle Fragen im Stadtrat gestellt werden müssen, oder ob diese auch in den Ausschüssen geklärt werden können, um die Zeit von 30 Minuten in etwa einhalten zu können.

8 Beschlussfassungen

8.1 Bestellung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten **Vorlage: BV/267/2020/I-OB**

Beschluss:

Frau Claudia Heß wird zur hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten bestellt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:06

Es wird eine 20 minütige Pause durchgeführt.

8.2 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse **Vorlage: BV/368/2019/II-30**

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, verweist auf die Aufnahme des Ortschaftsrates Meinsdorf im § 21 (3).

Frau Perl, SPD-Fraktion, und Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemängeln, dass die Geschäftsordnung und die Entschädigungssatzung den Stadtbezirken nicht zur Kenntnis gegeben wurde. Herr Schönemann legt dar, dass das, was für die Ortschaftsräte zutrifft auch für die Stadtbezirksbeiräte gelten soll.

Die Neufassung der Geschäftsordnung wird einschließlich der vorgebrachten Änderung zur Aufnahme des Ortschaftsrates Meinsdorf in den § 21 (3) zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

Der Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse einschließlich der Richtlinie über die digitale Ratsarbeit wird zugestimmt (Anlagen 2 und 3).

Abstimmungsergebnis: 39:02:00

8.3 Neufassung der Hauptsatzung **Vorlage: BV/421/2019/II-30**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Hauptsatzung (Anlage 2)

Abstimmungsergebnis: 39:00:02

8.4 Entschädigungssatzung **Vorlage: BV/466/2019/II-30**

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, erklärt, dass nach der Prüfung durch den Landesrechnungshof eine andere Entschädigungssatzung erarbeitet werden muss. Aus dem Bericht des Landesrechnungshofes geht hervor, dass auch ohne eine Beanstandung durch das Landesverwaltungsamt, schon vorher die alte Satzung rechtswidrig war, aber jahrelang rechtswirksam blieb. Deshalb hat die Verwaltung bis zum Beschluss einer neuen rechtmäßigen Satzung die Auszahlung zu tätigen und nachzuholen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verweist auf die schon zu Beginn der Diskussion zur Entschädigungssatzung bestehende Absicht, die alte Entschädigungssatzung wieder zu aktivieren, was durch eine nicht vorhandene Mehrheit über ein halbes Jahr geschoben wurde und jetzt wieder auf die Tagesordnung genommen werden müsste. Was seitens des Innenministeriums auf den Weg gebracht wurde, ist mehrfach korrigiert worden, weil das Ehrenamt im erheblichen Maße beeinträchtigt und gering geschätzt worden ist.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die anliegende Satzung über die Entschädigung der Mitglieder des Stadtrates, der Ortschaftsräte und der ehrenamtlich Tätigen der Stadt Dessau-Roßlau (Entschädigungssatzung)

Abstimmungsergebnis: 36:03:02

8.5 Satzung über den Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/211/2020/II-37

Beschluss:

Die Satzung über den Rettungsdienstbereichsplan der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.6 Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten
Vorlage: BV/255/2020/II-DKT

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes DeKiTa (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.7 Bauleitplanverfahren zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage an der Köthener Straße - Einleitung des Planverfahrens und frühzeitige Beteiligung
Vorlage: BV/209/2020/III-61

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt dem in der Anlage 2 beigefügten Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens zur Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage an der Köthener Straße zu.
2. Für das im Übersichtsplan (Anlage 3) gekennzeichnete Gebiet an der Köthener Straße ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan mit der Nr. 68 und der Bezeichnung „Freiflächenphotovoltaikanlage an der Köthener Straße“ aufzustellen. Parallel dazu ist der Flächennutzungsplan für den Stadtteil Dessau zu ändern (14. Änderung).
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit soll anhand des in Anlage 4 beigefügten Informationsblattes erfolgen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Übernahme der Kosten für die Ausarbeitung der städtebaulichen Planungen sowie des Umweltberichts und erforderlicher Fachgutachten mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag abzuschließen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss über die Aufstellung und die frühzeitige Beteiligung zum Bebauungsplan und zur 14. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 35:05:01

**8.8 Gesamtmaßnahmebeschluss
Neubau einer 2-Feld-Sporthalle in der Damaschkestraße
Vorlage: BV/269/2020/III-65**

Beschluss:

1. Der Neubau einer Zweifeldsporthalle in der Damaschkestraße mit einer geschätzten Gesamtausgabe von 6,6 Mio. € wird beschlossen.
2. Zur Ausführung kommt die in den Anlagen beschriebene Variante an der Grundstücksgrenze, die um ca. 4,80 m eingegraben ist.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**8.9 Ergänzung/Änderung BV/102/2017/IV-52 Sportförderrichtlinie der
Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/214/2020/IV-52**

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, erklärt, dass die Zuwendungen für den Handballsport in Zukunft nicht mehr über die Sportförderrichtlinie erfolgen.

Beschluss:

Die Ergänzung der Sportförderrichtlinie der Stadt Dessau-Roßlau im Punkt 3.3.7. Zuschüsse zur Betreibung und baulichen Unterhaltung von Sporteinrichtungen (Fehlbedarfsfinanzierung/ Anteilsfinanzierung) sowie die Änderung des Punktes 3.3.10.1 Zuschüsse Spitzensport wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:01

**8.10 Bewerbung des Mehrgenerationenhauses Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum um Aufnahme in das neue "Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus, Miteinander - Füreinander" (2021-2028)
Vorlage: BV/234/2020/V-40**

Beschluss:

1. Das Amt für Bildung und Schulentwicklung wird beauftragt, die Bewerbung des Mehrgenerationenhauses Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum um Aufnahme in das neue „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ ab 1. Januar 2021 einzureichen.
2. Das Mehrgenerationenhaus ist
 - a) in die kommunalen Aktivitäten zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger und
 - b) weiterhin in die kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten der Stadt Dessau-Roßlau zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses einzubinden.

Abstimmungsergebnis: 36:00:05

**8.11 Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus dem Digitalpakt Schule (DigitalPakt-Richtlinie)
Vorlage: BV/261/2020/V-40**

In der Diskussion verweisen Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, Herr Adamek, CDU-Fraktion sowie Herr Bernstein, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste auf die notwendige Betreuung der Technik in den Schulen. Dafür müssen Stellen geschaffen und Konzept erstellt werden, was bei der Planung und Umsetzung zu bedenken ist. Herr Bernstein unterbreitet den Vorschlag, einen Stammtisch Dessauer Schulen zu gründen, wo entsprechende Kollegen gute Beispiele vorstellen.

Zur Absicherung der vorhandenen Technik in den Schulen wurden bereits 2 Stellen geschaffen, erwidert **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Es bleibt aber eine dauerhafte Aufgabe.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, geht auf die Privatschulen ein und fragt nach Kooperationsangeboten seitens des Schulverwaltungsamtes.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, verweist auf die wirtschaftliche Selbständigkeit der Privatschulen. Den Hinweis zur Bildung eines Stammtisches findet er gut.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bis zum 30.06.2021 die Anträge auf Förderung entsprechend der DigitalPakt-Richtlinie beim Land Sachsen-Anhalt für die in der Anlage 2 aufgelisteten Schulen der Stadt Dessau-Roßlau zu stellen und die Maßnahmen bis Ende 2024 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.12 Nichterhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/265/2020/V-51

Beschluss:

1. Der Nichterhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen in der Stadt Dessau-Roßlau für den Monat Mai 2020 wird für Kinder, die nicht in einer Einrichtung betreut wurden, zugestimmt.
2. Dem Antrag auf außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen zur Erstattung der Einnahmeverluste an die Träger von Tageseinrichtungen in Höhe von 448.644,27 € für die Monate April und Mai 2020 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.13 Antrag auf eine Lehrstelleninitiative der Stadtverwaltung, einschließlich des Brand- und Katastrophenschutzes und der städtischen Betriebe und Einrichtungen
Vorlage: FV/008/2020/Linke

Die Beschlussvorlage der Fraktion Die Linke wird gemeinsam mit der Informationsvorlage der Verwaltung (TOP 7.3) – Ausbildungsstrukturen der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau sowie der kommunalen Unternehmen bis zum Jahr 2021 behandelt.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass die Verwaltung mit der vorliegenden Informationsvorlage den seitens der Fraktion Die Linke erteilten Aufträgen nachgekommen ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bestätigt, dass das Anliegen der Gewinnung von Fachkräften für alle städtischen Einrichtungen und Betriebe mit der Informationsvorlage auf dem richtigen Weg ist. Seitens der Fraktion wird eine große Übereinstimmung zwischen dem, was sie bewegen wollten und der vorliegenden Informationsvorlage gesehen, so dass über die Beschlussvorlage keine Abstimmung mehr erfolgen muss.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf, stellt fest, dass die **Beschlussvorlage zurückgezogen** wird, da über diese nicht abgestimmt werden soll.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, erläutert, warum die Einreichung der Vorlage notwendig war. **Herr Adamek, CDU-Fraktion**, legt dar, dass die Beschlussvorlage einen Eingriff in die freie Wirtschaft darstellt. Es sollte sich damit beschäftigt werden, wie mehr Auszubildende in der Stadt gehalten werden können, wie interessante Ausbildungsberufe in der Stadt geschaffen werden können, wie die Innung und die Handwerkerschaft unterstützt werden kann und wie das Berufsschulzentrum gestärkt werden kann. **Herr Bernstein, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste**, verweist auf die aktuellen Zahlen der Arbeitsagentur, wonach 431 Ausbildungsplätze im Umkreis von 25 km unbesetzt sind. Im Umkreis von 10 km sind 1061 Ausbildungsplätze nicht besetzt. Deshalb sieht er keinen Bedarf, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Die **Informationsvorlage IV/035/2020/II**-Ausbildungsstrukturen der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau sowie der kommunalen Unternehmen bis zum Jahr 2021 wird zur **Kenntnis genommen**.

8.14 Rückbau Parkplatz Vorlage: FV/011/2020/AfD

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verweist als Einreicher der Beschlussvorlage im Wesentlichen darauf, dass der Parkplatz ein Verkehrshindernis darstellt und gerade aus Richtung Dessau-Alten kommend eine Verengung besteht.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass verkehrsbehördliche Anordnungen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises sind, für die der Oberbürgermeister zuständig ist und nicht der Mitbestimmung des Stadtrates unterliegen. Es gibt aber auch fachliche Gründe für die Ablehnung der Beschlussvorlage, die schriftlich der Beschlussvorlage beigefügt wurden. Richtigstellend führt sie aus, dass keine Verengung, wie von Herrn Mrosek ausgeführt, stattfindet, was auch von **Herrn Adamek, CDU-Fraktion**, dargelegt wird.

Es muss über eine vernünftige Ausschilderung gesprochen werden, die darauf hinweist, dass die rechte Spur ausschließlich die Abbiegespur in das Dessau-Center wird und die linke Spur geradeaus führt.

Die Beschlussvorlage wird **abgelehnt**.

Der öffentliche Teil wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Abstimmungsergebnis: 05:24:12

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird um 19:45 Uhr durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Rumpf**, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 17.12.20

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer